

Argumente gegen die Initiative "Jugend ohne Drogen".

Kampf gegen die Drogen. Nicht gegen die Abhängigen.

~~X~~ Nein zur Initiative "Jugend ohne Drogen."

Eidg. Komitee für eine ehrliche Drogenpolitik.

ARGUMENTARIUM

Volksinitiative „Jugend ohne Drogen“

A. EINLEITUNG

1. Ziel der Initiative

Die Verfasser der Initiative wollen eine Ergänzung der Bundesverfassung durch einen neuen Artikel 68bis, welcher den Bund verpflichten soll, im Kampf gegen die Drogensucht eine restriktive, direkt auf Abstinenz ausgerichtete Drogenpolitik zu betreiben.

Gestützt auf diesen neuen Verfassungsartikel hätte der Bund auf Gesetzes-ebene diejenigen Massnahmen zu schaffen, welche eine ausschliesslich auf Abstinenz ausgerichtete Politik erfordern, das heisst: Bestrafung jeglichen Drogenkonsums, Verbot jeglicher nicht direkt auf Abstinenz ausgerichteter Therapie und Zulassung nur solcher Präventionsmassnahmen, welche die Persönlichkeit des einzelnen stärken.

Repression heisst also das Rezept der Initiative: Drogensucht ist zu bekämpfen mit polizeilichen und strafrechtlichen Massnahmen.

Therapeutische Massnahmen müssen sich auf Zwangsentzug in geschlossenen Therapieanstalten beschränken.

Wirksame Prävention sehen die Initianten ausschliesslich in der Stärkung der Persönlichkeit des einzelnen.

Aus Sicht der Initianten führt nur eine auf Abstinenz ausgerichtete Politik mit repressiven Massnahmen zu einer von jeder Drogenabhängigkeit befreiten Gesellschaft.

Drogenabhängige, die nicht von einem Tag auf den andern auf Drogenkonsum verzichten können oder wollen, sind zu verfolgen, strafrechtlich zu verurteilen und haben Gefängnisstrafen zu verbüssen.

2. Wer steckt hinter der Initiative „Jugend ohne Drogen“?

Die Initiative wurde vom VPM, dem Verein für psychologische Menschenkenntnis mit Hauptsitz in Zürich, einer Vereinigung mit sektiererischer Ideologie, lanciert. Im Verlaufe der parlamentarischen Beratungen erwiesen sich die Angehörigen des „Zürcherflügels“ in der SVP als leidenschaftlichste Anhänger der Initiative.

Inzwischen haben sich mehrere prominente Mitglieder des Initiativ-Komitees von der Initiative distanziert, nachdem sie realisiert hatten, von wem diese stammt und welche Kreise hinter dem verführerischen Titel der Initiative „Jugend ohne Drogen“ stecken. Die Initianten spielen sich als die wahren Beschützer der Jugend und als „die“ Drogenexperten schlechthin auf, um ihre fundamentalistische Ideologie zu verbreiten. Die (Zürcher-) SVP unterstützt diese Initiative aus Wahlopportunismus. Sie verfährt dabei gleich wie gegenüber den Ausländern (Initiative gegen illegale Einwanderung) indem sie die Regierungspolitik diffamiert und diskreditiert.

3. Parlamentarische Beratungen und die Politik des Bundes

Diese Initiative ist eine Kampfansage an die Politik des Bundesrates. Sie wurde als Gegengewicht zur seit 1991 erfolgten sogenannten 4-Säulenpolitik des Bundesrates lanciert. Die 4-Säulenpolitik besteht aus Prävention, Therapie, Ueberlebenshilfe/Schadensbegrenzung und Repression. Diese Politik hat eine Verminderung der mit Drogen und Drogenabhängigkeit verbundenen Probleme zum Ziel und wird von der grossen Mehrheit des Parlamentes, von den Kantonen und Städten getragen. Die Initiative wurde von National- und Ständerat mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Die heutige Politik des Bundesrates stützt sich auf das Betäubungsmittelgesetz (Art. 8 Abs. 5 deckt Substitutionstherapie mit Heroin ab und Art. 15a lässt Substitutionsprogramme mit Methadon zu).

B. **DAS „EIDG. KOMITEE FÜR EINE EHRliche DROGENPOLITIK“ UND MIT IHM SP, FDP, CVP, DIE GRÜNEN SOWIE DIE JUGENDORGANISATIONEN, DIE DROGENFACHLEUTE UND DIE EXPERTEN LEHNEN DIE INITIATIVE AUS FOLGENDEN GRÜNDEN AB :**

1. Der Titel der Initiative ist mit voller Absicht demagogisch und irreführend

Um eine Mehrheit von Volk und Ständen hinter ihre Politik zu scharen, haben die Initianten ihre Initiative „für eine Jugend ohne Drogen“ betitelt.

Dieser Titel ist fesselnd - wer will schon nicht eine „Jugend ohne Drogen“? - und hat wahrscheinlich wesentlich dazu beigetragen, dass die Initiative zustande gekommen ist. Die Initianten stützen sich absichtlich auf eine utopische Vision der Gesellschaft. Es ist anzunehmen, dass sich auf den Zeitpunkt der Abstimmung hin, - wenn klar ist, von wem die Initiative stammt, was sie anpreist und was sie verbietet -, weitere Mitglieder des Initiativkomitees durch den Titel der Initiative irregeführt fühlen werden.

2. Sofortige Abstinenz ist kein realistisches Ziel

Die Initiative steht ausserhalb von jeglichen realistischen Konzepten. Es ist absurd, eine drogenfreie Gesellschaft vorzutäuschen. Männer und Frauen konsumieren seit jeher Drogen - nur werden diese heute bei uns in legale und illegale Drogen eingeteilt. Es ist eine Illusion, sich auf das Ziel einer von jeglicher Sucht befreiten Gesellschaft, auf ein „künstliches Paradies“, zu versteifen.

Ziel einer glaubwürdigen Drogenpolitik kann deshalb nicht eine drogenfreie Gesellschaft sein, sondern eine Gesellschaft, welche mit den aus der Drogensucht entstehenden Problemen umgehen kann und diese abbaut.

Abstinenz lässt sich nicht anordnen, sie muss erarbeitet werden.

Wir stehen für eine ehrliche Politik ein, welche erreichbare Ziele anstrebt, sich nicht nur auf eine unverzügliche Abstinenz ausrichtet, sondern auch andere Massnahmen ins Auge fasst, welche dazu führen, von der Sucht loszukommen und Schäden aus der Abhängigkeit zu mindern. Wir setzen uns für eine pragmatische Politik ein, deren Ziele eine Verminderung der Anzahl Süchtiger und eine umfassende Förderung der Gesundheit sind.

3. Eine einseitig auf Repression gegenüber den Drogenabhängigen ausgerichtete Politik entbehrt jeder Objektivität, ist ein Rückschritt und gefährlich

Die Initianten geben vor, die Auswirkungen des Drogenkonsums zu bekämpfen. Man muss aber feststellen, dass sie sich auf eine vereinfachende Politik beschränken, indem sie rigide Mittel anwenden wollen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Die Initianten verwenden emotionelle Argumente, stützen sich im wesentlichen auf das Bild, welches am meisten ankommt bei der Bevölkerung, das Bild des ausgegrenzten Drogensüchtigen, aber sie schlagen keine einzige glaubwürdige Massnahme gegen die Sucht vor.

3.1. Die Initianten von „Jugend ohne Drogen“ greifen auf ein bereits gescheitertes Modell zurück.

Das Betäubungsmittelgesetz wurde 1975 revidiert mit dem Ziel der Verminderung des Konsums illegaler Drogen und des Schutzes der Gesundheit. Diese Revision hat die Bestrafung der Drogensüchtigen eingeführt. Bilanz

dieser während der letzten 20 Jahre praktizierten Drogenpolitik ist: Trotz erhöhter Anzahl strafrechtlicher Verfolgungen Drogensüchtiger hat sich deren Anzahl nicht verkleinert. 30'000 Personen (eine Zahl, die schwierig zu erheben ist) sind heute in der Schweiz abhängig von sogenannten harten Drogen.

Die Politik der letzten 20 Jahre, welche auf die Bestrafung des Drogenkonsums ausgerichtet ist, hat zu einer Ausgrenzung der Drogensüchtigen geführt und dazu beigetragen, deren Schicksal zu verschlimmern.

3.2. Eine vorab auf Prohibition ausgerichtete Politik bedeutet ein Rückschritt für die Therapie.

Die grosse Mehrheit der Drogensüchtigen gibt vor, einem Zwangsentzug zuzustimmen, damit ihre Freiheitsstrafe aufgeschoben wird und nicht aus freiwilligem Wunsch nach Heilung. Dies ist der Grund dafür, dass die Erfolgsquote der Therapien in geschlossenen Anstalten niedrig ist und dass die Strafvollzugsanstalten überfüllt sind mit Drogensüchtigen.

3.3. Kriminalität und soziales Elend sind die Folgen einer reinen Repressionspolitik.

Je stärker die Repression ist, desto höher sind die Preise für den Stoff und desto stärker entwickelt sich der Schwarzmarkt mit der Folge, dass die Anzahl der Konsumenten steigt. Die Drogensüchtigen sehen sich, um ihren eigenen Konsum zu finanzieren, gezwungen, sich im Kleinhandel zu betätigen und damit neue Drogenabhängige zu schaffen, welche kriminell werden und sich der Prostitution ausliefern.

Eine ausschliesslich auf Repression setzende Drogenpolitik macht jegliche Präventionspolitik zunichte. Die Drogenabhängigen solidarisieren sich, grenzen sich aus in Ghettos oder in offenen Szenen, um der Repression zu entgehen.

Die Initianten grenzen den drogenabhängigen Konsumenten aus, schlagen aber keine einzige Massnahme gegen die logischen Folgen des Konsums (Nachfrage) oder gegen den internationalen Drogenhandel (Angebot) und die daraus folgenden Verbrechen vor, und dies obwohl Import von und Handel mit Drogen trotz starker Repression nicht abgenommen haben.

Wir stehen ein für eine ehrliche Politik mit Hilfe für die Drogensüchtigen.

Wir stehen ein für eine ehrliche Politik, welche sich die Mittel zur Bekämpfung des Handels, der kriminellen Organisationen und Geldwäscherei gibt. Damit ist auch ein Beitrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung geleistet.

4. Eine Politik, welche alle Massnahmen zur Ueberlebenshilfe und der Risikoverminderung untersagt, ist eine unverantwortliche Politik nicht nur gegenüber den Drogenabhängigen, sondern auch in Bezug auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Mit Ausnahme von Therapien in geschlossenen Anstalten, welche auf Zwang beruhen und direkt auf Abstinenz ausgerichtet sind, dulden die Initianten keine Substitutionstherapie, keine Ueberlebenshilfe, keine Massnahme zur Risikominderung.

Es ist aber erwiesen, dass Süchtige (beim Konsum von legalen Drogen wie Alkohol, Tabak, Medikamenten genauso wie beim Konsum illegaler Drogen) verschiedene Phasen durchlaufen, bevor sie ihre Abhängigkeit überwinden. Es ist somit geboten, ihnen nicht zu strenge Bedingungen aufzuerlegen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Auch wir befürworten Therapien in geschlossenen Anstalten, aber diese Therapieform, deren einziges Ziel die Abstinenz durch kalten Entzug ist, sind zum Misserfolg verdammt, wenn sie nicht aus freien Stücken und von der drogensüchtigen Person gewollt erfolgen. Die direkt auf Abstinenz ausgerichteten Programme erreichen nur 10% der Süchtigen. Substitutionstherapien sind unerlässliche Etappen zu direkt auf Abstinenz ausgerichteten Therapien. Es gibt aber nicht nur eine Ursache für Drogenabhängigkeit. Dies ist der Grund, weshalb eine ganze Palette von Massnahmen in Betracht gezogen werden muss, welche ans Individuum und die Persönlichkeit der abhängigen Person angepasst werden können, damit greifbare und anhaltende Resultate erzielt werden.

Die Drogensucht ist kein vorsätzlicher Wille zur Selbstzerstörung, sondern eine psychosomatische Krankheit von langer Dauer. Sie ist von der Weltgesundheitsorganisation auch als Krankheit anerkannt.

Niemand lehnt sich dagegen auf, dass Patienten mit schweren Krankheiten neue Behandlungen vorgeschlagen werden. Die mit der Drogensucht verbundenen Probleme fordern auch die Wissenschaft und erfordern die Anwendung neuer Behandlungsmethoden, welche dazu geeignet sind, den Weg zur Gesundung zu erreichen.

Es ist unerlässlich, alles in Gang zu setzen, damit Drogensüchtige die Phase der Abhängigkeit mit möglichst wenig gesundheitlichen und sozialen Schäden überwinden. Eine Gesellschaft, die auf einem Rechtsstaat beruht, muss diesen Menschen helfen und darf sie nicht sozial ausschliessen. Der Staat hat eine soziale Aufgabe.

Im Falle der Annahme der Initiative:

4.1. werden die Substitutionsprogramme auf der Basis von Methadon abgeschafft.

Der Nutzen dieser Behandlungen ist erwiesen. Zur Zeit stehen 14'000 Personen in einem solchen Programm. Diese Therapien werden von den Krankenkassen anerkannt, und viele Gerichte machen von der Bestimmung im Strafgesetzbuch Gebrauch, welche sie ermächtigt, den Strafvollzug zugunsten einer ambulanten Behandlung mit Methadon aufzuschieben.

4.2. werden die Substitutionsprogramme mit Heroin verboten.

Seit 1994 sind in 10 Kantonen und Städten unter der Aufsicht des Bundesamtes für Gesundheitswesen Versuche mit ärztlich verschriebener Heroinabgabe im Gang. Die Bilanz dieser Versuche ist positiv, denn sie erlauben schwerstsüchtigen Drogenabhängigen, - für die kein anderer Ausweg denkbar schien, da keine andere Therapie sich als adäquat erwiesen hatte - eine soziale Reintegration und eine Verbesserung ihres Gesundheitszustandes.

Eines der Argumente der Anhänger von „Jugend ohne Drogen“ gegen die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe besteht darin, die Schweiz dürfe kein Dealer-Staat werden. Diese Argumentation ist böswillig. Ein Dealer ist jemand, der nicht zögert, sich Einkommen zu verschaffen, indem er von der Abhängigkeit anderer profitiert und der ohne Gewissensbisse in Kauf nimmt, anderen gesundheitliche Schäden oder gar deren Tod zu verursachen.

Keiner der Süchtigen in einem Heroinprogramm ist an einer Ueberdosis gestorben. Das Heroin, das ihnen verschrieben wird, ist - im Gegensatz zu jenem, das sie sich auf der Strasse beschaffen - kein Verschnitt verschiedener Substanzen und die Dosierung ist angepasst. Darüber hinaus spritzen sich die Drogenabhängigen diese Substanz unter besten hygienischen Bedingungen. Die Verschreibung von Heroin unter ärztlicher Kontrolle ist nicht schädlich für die Süchtigen. Sie erlaubt im Gegenteil eine Stabilisierung ihres Gesundheitszustandes, führt nicht zu Ueberdosis und bildet einen realen Faktor zur sozialen Integration.

Die mit der Drogensucht verbundenen Probleme können nicht dadurch gelöst werden, dass die Kranken aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dank Substitutionstherapien können Süchtige ihren Gesundheitszustand stabilisieren, finden zurück zu einem normalen sozialen Leben, wenden sich von der Drogenszene ab. Sie sind nicht mehr gezwungen, sich täglich den Stoff beschaffen zu müssen. Die Süchtigen sind nicht mehr nur Konsumenten und sie können die Suchtphase mit möglichst wenigen psychischen, physischen und sozialen Schäden durchlaufen. Die Substitutionsprogramme bieten Schwerstsüchtigen die Möglichkeit, einen grossen Schritt in Richtung Abstinenz zu machen.

4.3. werden die Abgabe steriler Spritzen und von Präservativen, Gassenzimmer etc. verboten.

Zur Zeit werden täglich 10'000 sterile Spritzen verkauft oder verteilt. Die Annahme der Initiative bedeutet Ablehnung aller Prävention zur Verhinderung von HIV-Ansteckung oder Ansteckung mit anderen Infektionskrankheiten wie Hepatitis, Tetanus etc. Dies würde letztlich bedeuten, nicht nur die Drogensüchtigen, sondern auch die ganze Gesellschaft der Verbreitung ansteckender Krankheiten, insbesondere jener mit AIDS, auszusetzen.

Die Krankheiten, an denen die Drogenabhängigen leiden, sind nicht die Folge des Stoffes, sondern die Folgen der Bedingungen, unter denen die Stoffe eingenommen werden.

Diese Programme schützen nicht nur die Drogenabhängigen, sondern nehmen auch die öffentliche Ordnung ernst.

Wir setzen uns für eine ehrliche Politik ein, die weniger ausgrenzt, dh. eine Politik, welche die Integrität und Würde, die Persönlichkeit des Drogenabhängigen achtet. Für eine Politik, deren Ziel dank Ueberlebenshilfe und kohärenter persönlicher Rahmenbedingungen wirklich die Reintegration der Süchtigen ist.

Wir setzen uns für eine ehrliche Politik der Risikobegrenzung ein, um nicht nur die Gesundheit der Süchtigen, sondern auch jene der gesamten Bevölkerung und dadurch auch die öffentliche Ordnung zu schützen.

5. **Eine Präventionspolitik, welche sich ausschliesslich auf das Dogma stützt, die Persönlichkeit des Einzelnen zu stärken, ist sektiererisch, unrealistisch und abstrakt.**

Um die Jugend vor Drogensucht zu schützen, fordern die Initianten vom Bund, eine aktive Drogenprävention zu verfolgen, welche die Persönlichkeit des einzelnen stärkt. Man darf aber nicht vergessen, wer hinter der Initiative steht, nämlich eine sektiererische Vereinigung. Die von den Initianten angepriesene Präventionspolitik beschränkt sich ausschliesslich auf die Stärkung der Persönlichkeit der Jugend. Das bedeutet den Ausschluss, auch im Bereich der Prävention, von erwachsenen Drogenabhängigen und all jener, deren Persönlichkeit nicht gestärkt werden kann; das bedeutet der Ausschluss all jener, welche nicht ihrem „Menschen-Modell“ entsprechen und ihm nicht entsprechen können.

Die Initianten nehmen eine widersprüchliche Haltung ein. Sie grenzen das Individuum aus, das nicht enthaltsam ist. Die Initiative hat die Abschaffung jeglicher Abhängigkeit zum Ziel. Die Initianten ignorieren aber vollkommen die Abhängigkeit von legalen Drogen, denn die von ihnen angepriesene Präventionspolitik beschränkt sich auf illegale Drogen. Sie verbreiten somit bei der Bevölkerung und den Jungen folgende Botschaft: Heroin, Kokain, Haschisch sind gesundheitschädigende Produkte, Tabak, Alkohol und Medikamente dagegen nicht!

Auch wir wollen eine Präventionspolitik, welche dazu beiträgt, die Persönlichkeit zu stärken. Uns geht es aber um die Persönlichkeit jedes Individuums, also nicht nur um jene der Jungen, sondern auch um jene der Erwachsenen. Und wir wollen eine Präventionspolitik, welche alle Substanzen im Auge hat, welche zu Abhängigkeit führen können.

Wir wollen keine Präventionspolitik, welche sich mit Verboten begnügt. Wir wollen eine Präventionspolitik, welche auf Information ausgerichtet ist. Wir unterstützen insbesondere Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Drogenproblem. Sie sollen zum besseren Verständnis von Risiken und

Gefahren beitragen, welche durch den Konsum aller Substanzen entstehen, welche Abhängigkeit zur Folge haben können.

Die Prävention soll nicht nur zur Verminderung der Zahl von Konsumenten führen, sondern auch zur Bekämpfung des Grosshandels, und damit auch zur Verminderung des Angebots und des Zugangs zu Substanzen führen, welche Abhängigkeit bewirken.

Darüber hinaus: es gibt keine absolute Prävention.

Prävention kann beitragen zur Verminderung des Konsums, aber sie kann niemals Abhängigkeiten ganz zum Verschwinden bringen. Prävention muss deshalb zusätzlich zur Risikoverminderung erfolgen.

Wir setzen uns für eine ehrliche Prävention ein, welche alle und umfassende Massnahmen zum Schutze der Gesundheit beinhaltet.

6. Eine auf Abstinenz mittels Strafe ausgerichtete Politik führt zu einer Kostenexplosion

Die Gefängnisse sind überfüllt mit Drogensüchtigen. Nicht nur lösen Freiheitsstrafen keine Probleme der Süchtigen, sie kosten die Gesellschaft auch sehr viel und werden von den Steuerpflichtigen finanziert.

Die Kosten für eine Substitutionstherapie mit Methadon, durchgeführt bei einem praktizierenden Arzt und mit externer psycho-sozialer Begleitung oder in einer spezialisierten Poliklinik belaufen sich auf 15.-- bis 30.-- Franken pro Patient und Tag. Die Kosten für eine Substitutionstherapie mit Heroin belaufen sich auf rund 50.-- Franken pro Patient und Tag. Die Kosten für eine abstinenzorientierte Therapie in einer geschlossenen Anstalt belaufen sich demgegenüber auf 200.-- bis 600.-- Franken pro Patient und Tag. Bei Annahme der Initiative müssen zusätzliche 30'000 Therapieplätze in geschlossenen Anstalten geschaffen werden, denn Substitutionsprogramme mit Methadon oder Heroin würden verboten. Dazu müssten die Massnahmen zum fürsorglichen Freiheitsentzug erhöht werden - Massnahmen, welche im Tag pro Patient und Tag 280.-- Franken kosten.

Die Infektionskrankheiten wie AIDS und Gelbsucht nähmen zu, denn die Initiative untersagt Massnahmen zu deren Bekämpfung. Die Kosten für die Pflege dieser Krankheiten in einem Spital belaufen sich auf 600.-- Franken pro Person und Tag.

Eine Annahme der Initiative würde zusätzliche Kosten von 1 Milliarde Franken pro Jahr verursachen, ein Betrag, der von den Steuerpflichtigen aufzubringen wäre.

Im Falle der Annahme der Initiative werden Drogensüchtige, welche sich keinem sofortigen Entzug unterziehen oder welche nicht mit Erfolg eine direkt auf Abstinenz ausgerichtete Therapie befolgen können, dazu verurteilt, Freiheits-

strafen zu verbüssen. Nach ihrer Freilassung kehren sie auf die Strasse zurück, ohne jegliche Möglichkeit zur sozialen Reintegration. Sie würden hauptsächlich oder ganz der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung, der Sozialhilfe zur Last fallen, mit der Folge, dass die Kosten zulasten der Gemeinschaft, der Steuerpflichtigen, erheblich steigen würden.

Wie bereits unter Ziffer 4 erwähnt, sind nur 10 Prozent der Drogensüchtigen bereit, sich freiwillig einem Entzug in einer geschlossenen Anstalt zu unterziehen. Die Erfolgsquote ist klein, Rückfälle sind häufig.

Wir setzen uns für eine ehrliche Drogenpolitik ein, welche nicht zu einer Kostenexplosion, sondern zu Resultaten führt.

Wir lehnen die Initiative „Jugend ohne Drogen“ ab, da sie gefährlich, unmenschlich, kontraproduktiv und zu teuer ist.

Co-Präsidentinnen und -Präsidenten:

Christine Beerli, Ständerätin (FDP/BE)
Philippe Biéler, Regierungsrat (Grüne/VD)
Ruth Gonseth, Nationalrätin (Grüne/BL)
Norbert Hochreutener, Nationalrat (CVP/BE)
Dick Marty, Ständerat (FDP/TI)
Liliane Maury Pasquier, Nationalrätin (SP/GE)
Samuel Meier, Nationalrat (LdU/AG)
Paul Rechsteiner, Nationalrat (SP/SG)
Jean-Charles Simon, Nationalrat (CVP/VD)
Monika Weber, Ständerätin (LdU/ZH)
Otto Zwygart, Nationalrat (EVP/BE)

Albrecht Rychen, Nationalrat (SVP/BE)
Christoph Eymann, Nationalrat (Lib/BS)

Jungfreisinnige

JUSO

JCVP

Junge Grüne

JLdU

Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS)

Geschäftsstelle:
Eidg. Komitee für eine ehrliche Drogenpolitik
Postfach 6136
3001 Bern
Tel. 031/320 35 35, Fax 031/320 35 00
www.drogenpolitik.ch

Weitere Argumentarien sowie Flugblätter bei
Pressestelle:
Eidg. Komitee für eine ehrliche Drogenpolitik
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031/352 23 64, Fax 031/352 24 30